

Bild vom 12.08.2015, S. 10

VIEL ZU WENIG UNTERBRINGUNGS-MÖGLICHKEITEN
Kritik an Flüchtlings-Politik in NRW

Düsseldorf – Wohin mit den 150 000 Flüchtlingen, die nach neusten Schätzungen der Bezirksregierung Arnsberg in diesem Jahr nach NRW kommen? Die Landtags-CDU fordert eine Verdreifachung des Platzangebots in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen – und bringt sogar mögliche Neubauten in die Diskussion. Erst Montag musste die Einrichtung in Dortmund wegen Überfüllung geschlossen werden (BILD berichtete).

CDU-Vizefraktionschef André Kuper sagte, das Land wälze die Verantwortung für die Flüchtlinge auf die Kommunen ab, wo in den letzten vier Wochen rund 70 Notunterkünfte mit über 10 000 Plätzen geschaffen wurden. Dadurch werde der Organisationsaufwand immer größer. Serap Güler (CDU) sagte, Zeltstädte könnten nur eine vorübergehende Lösung sein, außerdem gebe es kein Konzept zur Eingliederung der Flüchtlinge.

Die Kommunen müssen täglich neue Flüchtlinge aufnehmen, haben oft nur wenige Stunden Vorwarnzeit

Serap Güler (CDU) kritisiert die Landesregierung

Fotos: MARIO JÜNGLING, DPA PICTURE-ALLIANCE/MAJA HITTI

Neue Rhein Zeitung vom 12.08.2015, S. 5

CDU kritisiert NRW-Flüchtlingspolitik

Innenminister wälze das Problem auf die Kommunen ab. Ausbau von Landeseinrichtungen gefordert

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. Angesichts der bis zum Jahresende erwarteten 150 000 Flüchtlinge in NRW wirft die CDU-Opposition der Landesregierung ein „heilloses Durcheinander“ vor. Am Montagabend musste die Erstaufnahme in Dortmund zum fünften Mal wegen drohender Überfüllung einen Aufnahmestopp verhängen. CDU-Fraktionsvize Andre Kuper forderte den Ausbau der zentralen Landeseinrichtungen von 9300 auf 35 000 Plätze.

Kuper warf NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) vor, das Problem steigender Flüchtlingszahlen allein auf die Kommunen abzuwälzen. Um

einen Kollaps zu verhindern, hätten die Gemeinden mehr als 10 000 Plätze in 70 kommunalen Notunterkünften geschaffen. Obwohl die Kommunen keine Erfahrung im Umgang mit der Erstaufnahme von Flüchtlingen hätten, würden Flüchtlinge oft schon nach wenigen Tagen auf die Städte verteilt, klagte Kuper. Dabei könnten schon die Gesundheitschecks von den Gemeinden nicht geleistet werden.

Nachdem das Land Zeltstädte lange untersagt hatte, sollen jetzt sieben Zeltstädte genehmigt werden. „Die Situation wird immer schwieriger“,

klagte Kuper. Die CDU schlug mehr zentrale Einrichtungen mit über 500 Plätzen in Großstädten vor, in denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Prüfung der Asylanträge durchführen kann.

Für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sollen zur schnellen Integration mehr Sprachkurse angeboten werden. Die CDU-Integrationspolitikerin Serap Güler appellierte an die Organisationen des Islam, stärker bei der Betreuung von Flüchtlingen mitzuhelfen. Außerdem sei auch das Problem der „Armutzuwanderung“ aus Rumänien und Bulgarien nicht gelöst. NRZ